

Das westliche Schweigen erfordert eine Konfrontation: Ilan Pappé über die Nakba, Gaza und umfassende Solidarität

Ilan Pappé, Palestine Chronicle, 15.05.23

Wieder einmal wird der Gazastreifen aus der Luft, vom Land und vom Meer aus bombardiert, und wieder einmal wird die israelische Unmenschlichkeit und Grausamkeit mit westlichem Schweigen bedacht. Wir haben unzählige Male darüber geschrieben. Und stellen Sie sich vor, wie oft eine Generation, die älter ist als wir, gegen diese Ungerechtigkeit aufgeschrien hat, die bis in die Tage der Nakba, wenn nicht sogar noch weiter zurückreicht.

Während der Nakba, als die zionistischen Streitkräfte im Februar 1948 ihre ethnische Säuberungsaktion mit der gewaltsamen Räumung von drei Dörfern in der Umgebung von Qaysariya begannen, waren die britischen Beamten und die Armee noch vor Ort. Sie waren gemäß der Mandatscharta und der Teilungsresolution der Vereinten Nationen verpflichtet, das Leben und das Eigentum der Palästinenser zu schützen.

Jüngste Forschungen haben gezeigt, dass seit dem Ende des Ersten Weltkriegs und bis zur Nakba die verschiedenen Untersuchungskommissionen, die entweder vom Völkerbund oder von der britischen Regierung entsandt wurden, ihre Auftraggeber davor warnten, dass die fortgesetzte Kolonisierung Palästinas sich als katastrophal für die einheimische Bevölkerung erweisen würde. Die Worte der Shaw-Untersuchungskommission von 1930 waren: „Der jüdische Landerwerb stellt eine unmittelbare Gefahr für das nationale Überleben der Araber dar“.

Die Briten glaubten, dass die von ihnen auferlegte Beschränkung der Einreise zionistischer Einwanderer ins Land und die strenge Begrenzung des Landerwerbs durch die zionistischen Institutionen die Palästinenser retten würden. Doch als sie mit der Umsetzung dieser Politik begannen, war es bereits zu spät. Noch wichtiger ist, dass die britische Regierung in Palästina sich der Absicht der zionistischen Bewegung im Klaren war, so viel Palästina wie möglich mit so wenig Palästinensern wie möglich einzunehmen. Dennoch stellte sie dieser Bewegung wirtschaftliche, militärische und politische Macht zur Verfügung, um die Enteignung der Palästinenser nach dem Ende des Mandats durchzusetzen.

Doch die britischen Vertreter vor Ort sahen zu, als die ethnische Säuberung mit dem Urbizid (der systematischen Zerstörung von Städten und Stadtvierteln) im April 1948 eskalierte. In einigen Fällen unterstützten sie die zionistischen Kräfte sogar bei der Ausführung der ethnischen Säuberung. In dieser Phase der Enteignung wurden mehr als eine Viertelmillion Palästinenser zu Flüchtlingen, so dass sich die arabische Welt gezwungen sah, ihre Truppen zu schicken, um den Rest zu retten. Dies geschah jedoch erst, als Großbritannien am 15. Mai 1948 Palästina verließ. Zu diesem Zeitpunkt war eine solche Intervention bereits nutzlos.

Vor und nach dem Ende des Mandats waren westliche Journalisten und Abgesandte von Organisationen wie der UNO und dem Internationalen Roten Kreuz vor Ort präsent. Amerikanische Journalisten, die bei den zionistischen Streitkräften eingebettet waren, berichteten von Massakern in Al-Lid und anderen Orten, doch die Kriegsverbrechen wurden nicht verurteilt; auch das Internationale Rote Kreuz machte nicht publik, was es vor Ort wusste. Aus seinem internen Bericht geht hervor, dass es entsetzt war über die Art und Weise, wie die Israelis Palästinenser behandelten, die im Alter von 14 Jahren in Zwangsarbeitslagern eingekerkert waren. In diesen Berichten wurde auch die vorsätzliche Vergiftung des Wassers in Akkon mit Typhus registriert. All diese Informationen wurden unter Verschluss gehalten, bis Historiker wie Salman Abu Sitta sie in den Archiven fanden.

Dieses Schweigen war eine wichtige Botschaft an den neuen Staat Israel: Verbrechen wie ethnische Säuberungen - die noch im selben Jahr in der berühmten Menschenrechtserklärung von 1948 verurteilt wurden - sind im Falle des „jüdischen Staates“ erlaubt. Das Ausbleiben jeglicher Reaktion des Westens oder der UNO dauerte an, als der Staat Israel im Gefolge der Säuberungsaktionen jede Spur palästinensischer Kultur und palästinensischen Lebens auslöschte, indem es jüdische Siedlungen errichtete und Erholungsparks auf den Ruinen palästinensischer Dörfer anlegte.

Die Geschichte des westlichen Schweigens setzte sich bis in die 1950er Jahre fort – angesichts der Ermordung von Palästinensern, die Anfang 1950 versuchten, ihre Besitztümer zurückzuerlangen, der harten Militärherrschaft, die der palästinensischen Minderheit im Staat Israel auferlegt wurde, und der Massaker von Qibyah und Kafr Qassem.

Die Tatsache, dass es nach der Besetzung der Westbank und des Gazastreifens im Jahr 1967 viel einfacher war, Informationen über die verbrecherische Politik des Staates Israel zu sammeln – dazu gehörte auch eine massive ethnische Säuberung auf den syrischen Golanhöhen, änderte nichts an der unmoralischen Reaktion des Westens. Sie hat nur die Heuchelei des Westens und die dem Staat Israel zugestandene Ausnahmestellung unterstrichen.

Nicht alle waren still. Die Menschen vor Ort, die die westliche Welt vertreten, haben aufgezeichnet, was sie gesehen und gehört haben. Sie repräsentierten angesehene internationale Organisationen und von der UNO entsandte Untersuchungsausschüsse und gehörten zu den diplomatischen Vertretungen in Tel Aviv, Jerusalem oder Ramallah. Sie lieferten detaillierte Wochen-, Monats- und Jahresberichte, in denen sie die Geografie der Katastrophe genau aufzeichneten, die der Staat Israel in verschiedenen Teilen des historischen Palästinas anrichtete. Sie zeichneten ein Bild, das sich die derzeitige Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sehr genau ansehen sollte, wenn sie erklärt, Israel habe die Wüste zum Blühen gebracht – in Wirklichkeit wurde ein bereits blühendes Palästina unter dem israelischen Kolonialismus zur Wüste gemacht.

Wir alle wissen, dass die westlichen Regierungen große Teile ihrer Gesellschaften in dieser Frage nicht vertreten, und wir warten darauf, und viele von uns arbeiten daran, die Kluft zwischen der offiziellen Politik gegenüber dem Staat Israel und der öffentlichen Meinung zu diesem Thema zu schließen. In den vergangenen Jahren ist Israel gegen diese Teile der öffentlichen Meinung in den Krieg gezogen und hat Antisemitismus und in letzter Zeit Holocaust-Leugnung als Waffen eingesetzt, um diese

Menschen und Organisationen zum Schweigen zu bringen. Vergeblich – die Solidarität mit Palästina verbreitet sich ständig und wächst.

Aber die fortschreitende völkermörderische Politik vor Ort macht ein geduldiges Warten auf den ersehnten Tag, an dem die westlichen Regierungen das Licht sehen würden, zu einem Luxus, den sich die Palästinenser nicht leisten können. Ob wir es wollen oder nicht, und viele von uns wollen es nicht, unser Leben wird an vielen Orten auf der Welt von den politischen Entscheidungsträgern bestimmt - nicht in allen Lebensbereichen, Gott sei Dank. Aber diese Politik hat einen erheblichen Einfluss auf unser Schicksal, wenn es um Leben und Tod geht – in Fällen von Krieg und Frieden, Unterdrückung und Befreiung.

Politiker sind selten Menschen, die sich von moralischen Erwägungen leiten lassen, auch wenn sie immer wieder davon reden. Sie interessieren sich nur für Wahlen, Sichtbarkeit und andere Dinge, mit denen sie sich durchsetzen können. Dies gilt für liberale Demokratien ebenso wie für andere Regierungsformen.

Die Notwendigkeit, weltweit - im Norden und im Süden – Druck auf die Regierungen auszuüben, kann nicht von einer politischen Überzeugung, einer bestimmten Partei oder nur von säkularen oder religiösen Menschen wahrgenommen werden.

Es ist wahr, und es lässt sich nicht leugnen, dass die Linke in vielen Teilen der Welt historisch gesehen den Weg für die Solidaritätsbewegung mit den Palästinensern bereitet hat. Aber Palästina braucht alle: Es gibt Menschen in liberalen und konservativen Parteien, die in der Vergangenheit und Gegenwart nicht weniger pro-palästinensisch waren als andere, und eine große Mehrheit von Menschen, die an Tradition und Religion glauben, betrachten die Befreiung Palästinas als hehres Ziel.

Die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) hat in mehr als einer Hinsicht eine solche breite Beteiligung ermöglicht, die sich auf die Rechte der Palästinenser konzentriert und eine breitere Basis für integrative Solidaritätsaktionen bietet. Sie richtet sich an viele und entscheidende Teile der Zivilgesellschaft. Eine neue Initiative, die mit der BDS-Bewegung verzahnt ist und mit ihr zusammenarbeitet, fordert die Parlamente auf, bei der Einrichtung von Ausschüssen gegen die israelische Apartheid die Führung zu übernehmen und Teil eines internationalen Netzwerks solcher Gremien auf der ganzen Welt zu werden.

Es bleibt zu hoffen, dass Parlamentarier und Regierungsbeamte dort, wo sie zögern würden, BDS offen zu unterstützen - was sie wahrscheinlich prinzipiell befürworten würden -, sich nicht scheuen, Apartheidverhältnisse einzugestehen, wie sie klar von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen beschrieben wird.

Es gibt bereits Anzeichen für positive Reaktionen auf diese Initiative unter den Mitgliedern der Parlamente. Sie ist ein Beispiel dafür, wie breit, intersektional und vielfältig die Solidaritätsbewegung ist und sein kann. Auf horizontaler Ebene wurde bereits viel getan, nämlich die Erweiterung der Gruppen, mit denen die Palästina-Solidarität weltweit zusammenarbeitet. Aber es muss auch eine stärker vertikale und tiefer gehende Arbeit geleistet werden, wobei die Parlamente, die Beamten usw.

nicht aufgegeben werden dürfen. Es ist an der Zeit, in die Komfortzone der zionistischen Lobby einzudringen, in der sie glaubt, unangefochten oder dominant zu sein.

Wie immer besteht Dringlichkeit, da es sich um eine existenzielle Gefahr für die Palästinenser handelt. Die israelischen Juden, auch die der Linken, haben in der letzten Woche beim Abendessen immer wieder die Aufnahmen auf dem Fernsehbildschirm gesehen, die zeigen, wie ihre Luftwaffe Häuser im Gazastreifen in die Luft jagte. Einige der Piloten, die an dieser grotesken Gewalt beteiligt waren, sind dieselben, die stolz darauf hinwiesen, dass sie Teil der Protestbewegung gegen die vom rechtsgerichteten israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu vorgeschlagene Gesetzesreform sind. Eine tatsächlich „demokratische Bewegung“.

Wenn man dies mit den Kommentaren in den israelischen Medien kombiniert, kann man nur zu dem Schluss kommen, dass Israel eine kranke Nation geworden ist, und zwar eine gefährliche. Diese Botschaft muss klar und deutlich an die Spitze der politischen Systeme in der ganzen Welt, ja in jeder Gesellschaft, überall verbreitet werden.

Quelle: <https://www.palestinechronicle.com/western-silence-needs-to-be-confronted-ilan-pappe-on-the-nakba-gaza-and-inclusive-solidarity/>

Übersetzung: Pako – palaesitnakomitee-stuttgart.de